

7.2015

**Die Vermarktung
der Sozialen Arbeit | 242**

**Sozialarbeit
an Grundschulen | 249**

**Die Situation der Kinder
Inhaftierter | 255**

**Berufliche Integration von
Jugendlichen in Albanien | 261**

SOZIALE ARBEIT

Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete
Juli 2015 | 64. Jahrgang

- 242 **Die Vermarktung der Sozialen Arbeit**
Eine Antwort auf Heiko Kleve
Mechthild Seithe, Berlin
- 243 **DZI Kolumne**
- 249 **Sozialarbeit an Grundschulen**
Einblicke in ihre Spannungsfelder
Birgit Behrens, Osnabrück
- 255 **Die Situation der Kinder Inhaftierter**
Die Website www.juki-online.de als flächendeckendes Beratungsangebot
Beate Wölfel, Nürnberg
- 261 **Berufliche Integration von Jugendlichen in Albanien**
Reflexion eines Praxisprojekts mit Angehörigen einer Randgruppe
Martina Schilliger, Zürich; Bernard Wandeler; Peter Stade, Luzern
- 268 **Rundschau** Allgemeines
Soziales | 268
Gesundheit | 270
Jugend und Familie | 270
Ausbildung und Beruf | 272
- 269 **Tagungskalender**
- 273 **Bibliographie** Zeitschriften
- 277 **Verlagsbesprechungen**
- 280 **Impressum**

Als wir in der Ausgabe 4.2015 Heiko Kleves Betrachtungen über die „Wirtschaft der Sozialen Arbeit“ veröffentlichten, ahnten wir, dass die Reaktion nicht lang auf sich warten lassen würde. Mechthild Seithe analysiert den Text von Kleve in ihrem Beitrag und kritisiert dessen dezidiert marktfreundliche Position. Die Diskussion ist noch längst nicht zu Ende und wir würden weitere Beiträge zu dem Thema begrüßen.

Birgit Behrens hat die Arbeit von Sozialarbeitsstellen an Grundschulen evaluiert, die aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaktes der Bundesregierung finanziert wurden. In ihrem Aufsatz beschreibt sie die institutionellen Spannungsfelder und die Herausforderungen an die interkulturelle Kompetenz der Fachkräfte.

Zu den indirekten Opfern von Straftaten gehören häufig die Kinder der Täter. Beate Wölfel stellt in ihrem Artikel die Website www.juki-online.de vor, über die Kinder von Strafgefangenen Rat und Unterstützung erhalten können. Darüber hinaus beschreibt sie weitere Projekte zur Bewältigung der sozialen Folgen einer Straftat für die Familien von Inhaftierten.

Mit dem Praxisprojekt „Coaching for Employment“ der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit wurden Jugendliche in Albanien beim ersten Schritt in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterstützt. Der Beitrag von Martina Schilliger, Bernard Wandeler und Peter Stade beschreibt ein faszinierendes Beispiel für gelungene internationale Projektarbeit, zumal die betreuten Jugendlichen einer Randgruppe angehören.

Die Redaktion Soziale Arbeit

DIE VERMARKTUNG DER SOZIALEN ARBEIT | Eine Antwort auf Heiko Kleve

Mechthild Seithe

Zusammenfassung | In seinem Aufsatz vom April 2015 in dieser Zeitschrift vertrat Heiko Kleve die Ansicht, dass die Soziale Arbeit im Kapitalismus mit knappen Ressourcen haushalten müsse und dass dies „gar nicht [so] schlecht“ sei. Kleve bedient sich in seiner Argumentation aus seiner Sicht unhinterfragbarer Thesen und Dogmen. Dieser Beitrag analysiert die Thesen Kleves und entwickelt hierzu eine Gegenposition.

Abstract | In his article published in the April 2015 issue of this journal, Heiko Kleve expressed the view that in a capitalist society social work make ends meet with scarce resources and that this “was not a deplorable state of affairs”. Kleve supports his argument by statements and dogmas he considers to be unquestionably true. This paper presents an analysis of Kleve’s statements and develops an opposite position.

Schlüsselwörter

- Soziale Arbeit ► Ökonomisierung
- Neoliberalismus ► Gesellschaft ► Kritik

1 Behauptung: Soziale Arbeit kann ohne Ökonomisierung gar nicht existieren | Heiko Kleve geht davon aus, dass die Kritik an der Ökonomisierung eine grundsätzliche Kritik an dem Verhältnis zwischen Wirtschaft und Sozialer Arbeit sei. Eine Gesellschaft ohne Wirtschaft ist für Kleve jedoch nicht denkbar, dasselbe gelte für die Soziale Arbeit. Er hält den Kritikerinnen und Kritikern der Ökonomisierung vor, dass es unsinnig und utopisch sei, zu meinen, die Soziale Arbeit könne sich von der Wirtschaft und damit von der Tatsache, dass sie Geld kostet, unabhängig machen.

Gegenthesen ▲ Kleve setzt offenbar Wirtschaft generell mit kapitalistischer und neoliberaler Wirtschaft gleich, als müsse Wirtschaft grundsätzlich so gestaltet werden, wie dies heute getan wird.

▲ Wenn in den Beiträgen kritischer Sozialer Arbeit von „Ökonomisierung“ die Rede ist, verweist dies jedoch nicht auf die Tatsache, dass auch Soziale Arbeit

Geld kostet und finanziert werden muss. Gemeint ist hier vielmehr der politische und ökonomische Transformationsprozess des Neoliberalismus, der die Gesetze einer neoliberalen Wirtschaft in alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche trägt und ohne Ausnahme alles und alle dem Markt unterordnet, auch das Soziale, die Bildung und das Gesundheitswesen (Butterwegge 2015, Peters 2014).

2 Behauptung: Die neoliberale Marktwirtschaft ist ein freundlicher und friedfertiger Austausch von Angebot und Nachfrage

| Marktwirtschaft hat nach Kleve den Charakter eines sich selbst regulierenden Marktes, bei dem es durch Angebot und Nachfrage zu mehr Produktivität und mehr Effektivität komme (Kleve 2015, S. 124). Er behauptet, es resultiere aus dem Gewinninteresse der Unternehmen, dass diese das anbieten, was die Haushalte kaufen wollen, und schildert damit eine kapitalistische Idylle, in der es weder die Ausbeutung von Menschen noch Vernichtungsproduktion, Käufermanipulation und rücksichtslose Verführung etwa von Kindern und Kaufsüchtigen zum Konsum gibt. Für Kleve ist der Kapitalismus etwas durchaus Positives (ebd.). Er schaffe Profit für alle, Mehrwert für alle, er fördere die Produktivität und schließlich auch die Fachlichkeit der Sozialen Arbeit (siehe unten). Kleve zögert auch nicht, ein Loblied des Kapitalismus zu singen, das ihn als Frieden schaffend kennzeichnet (Bolz 2002).

Gegenthesen ▲ Die Gleichsetzung des Begriffs Kapitalismus mit dem friedlichen Warenaustausch ist zum einen naiv, zum anderen manipulativ. Eine darüber hinausgehende ökonomische oder auch politische Definition des Kapitalismus gibt Kleve nicht (Kleve 2015, S. 124). Die Fragen von Eigentum an Produktionskräften und Gewinnmaximierung werden nicht angesprochen.

▲ Man hat den Eindruck, Kleve verfolgt hier die Mission, die ein wenig verängstigten, weil aus grauer Vorzeit der 1968er-Jahre noch immer antikapitalistisch beeinflussten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit dem neoliberalen Markt und dem entfesselten Kapitalismus anzufreunden und auszusöhnen.

▲ Das Bild vom friedlichen Austausch im Kapitalismus wirkt grotesk angesichts des realen aktuellen Kapitalismus, der zum Beispiel vielen Entwicklungsländern ihre Lebensgrundlagen entzieht, der Kriege um Rohstoffe anzettelt, der hemmungslos ganze Länder ausraubt und deren Bevölkerung skrupellos

in menschenunwürdige Lebenslagen zwingt, um seine Forderungen einzutreiben.

▲ Hinzu kommt, dass *Kleve* die Marktwirtschaft zwar über Angebot und Nachfrage definiert, in Bezug auf die Soziale Arbeit aber übersieht, dass der Soziale Markt „ein Pseudomarkt ist, bei dem es keineswegs nach Angebot und Nachfrage geht, sondern vom ‚Käufer‘ Preise und Bedingungen einfach gesetzt werden können“ (*Messmer 2007, S. 10, Schipmann 2006, S. 102*).

3 Behauptung: Der Transformationsprozess der Sozialen Arbeit in einen Markt war und ist zwangsläufig und unvermeidbar | *Kleve* argumentiert: Da die Soziale Arbeit nicht außerhalb des Systems Wirtschaft stehen könne, muss sie sich ihm beugen. Das heißt, sie muss auch die neoliberalen Gesetze für sich akzeptieren. Sozialmanagement sei in diesem Kontext das legitime Mittel der Gestaltung des Sozialen (*Kleve 2015, S. 124 f.*). Die Betriebswirtschaft wird in diesem Prozess zur wissenschaftlichen Leitdisziplin sämtlicher gesellschaftlicher Aktivitäten.

Sozialmanagement sei in diesem Kontext das legitime Mittel der Gestaltung des Sozialen (*Kleve 2015, S. 124 f.*). Die Betriebswirtschaft wird in diesem Prozess zur wissenschaftlichen Leitdisziplin sämtlicher gesellschaftlicher Aktivitäten.

Gegenthesen ▲ Die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung für die Soziale Arbeit und die anderen ehemaligen „Non-Profit-Bereiche“ hat weder den Charakter eines Naturereignisses noch ist sie eine zwingende, zum Beispiel aus der Weiterentwicklung der Produktionskräfte folgende historische Entwicklung. Sie ist Folge politischer Entscheidungen derer, die von einer neoliberalen Politik und Wirtschaft profitieren. Sie ist direkte Folge des Beschlusses der europäischen Staats- und Regierungschefs in Portugal, die EU bis zum Jahr 2010 zur „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Region der Welt“ (*Dahme; Wohlfahrt 2005, S. 12*) zu machen, mithilfe der neoliberalen Wirtschaftsdeologie und -praxis neu zu gestalten und alle Bereiche der Gesellschaft in einen kapitalistischen Markt umzuwandeln. ▲ Mit der Aussage, diese Transformation sei notwendig, macht sich *Kleve* zum Verfechter einer Nachrangigkeit der inhaltlichen und ethischen Fragen. Entscheidend ist damit für ihn vielmehr, ob das Prinzip von Effizienz und Sparsamkeit beachtet wird.

4 Behauptung: Die Unvermeidbarkeit des Transformationsprozesses der Sozialen Arbeit macht es überflüssig, über die Folgen und Intentionen dieser „Reform“ nachzudenken | Über „die intendierten und nichtintendierten Effekte

Streikrecht

Der wochenlange Streik in vielen Kitas und anderen sozialen Einrichtungen hat im Mai und Juni die Nerven vieler Beteiligten arg strapaziert, von Eltern und Kindern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nur eine Gruppe zeigt sich offenbar wenig beeindruckt, und das sind die politisch Verantwortlichen. Wie anders ist der Schlichtungsvorschlag zu erklären, den der frühere hannoversche Oberbürgermeister *Herbert Schmalstieg* und die ehemalige sächsische Ministerpräsidentin *Georg Milbradt* am 23. Juni vorgelegt haben: Um durchschnittlich rund 3 Prozent sollen die Gehälter für diese sozialen Dienstleistungen steigen – das ist eine Ohrfeige für die Beschäftigten. Dennoch signalisierten die Kommunen umgehend, dass dies aber auch wirklich die absolute Grenze der Belastbarkeit für sie sei.

Unbestritten ist, dass viele Kommunen selbst in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen leben und insofern wenig Verteilungsspielraum haben. Umso mehr politischen und öffentlichen Druck sollten sie deshalb aber erzeugen, um ihren Partnern und Parteifreunden auf Landes- und Bundesebene unmissverständlich deutlich zu machen, dass diese menschennahen, sozialen Dienstleistungen dringend einer fairen Bezahlung bedürfen – und die Kommunen deshalb ihrerseits finanziell besser ausgestattet werden müssen.

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung hat die unverändert schwache Verhandlungsposition der Erziehungs- und Sozialberufe offenbar schon vorhergesehen. Sie prognostiziert die Lohnentwicklung aller Wirtschaftszeige von 2012 bis 2020 und sieht die Gesundheits- und Sozialberufe auf dem vorletzten Platz. Nur um 1,10 Euro soll demnach der durchschnittliche Stundenlohn von Erzieherinnen und Sozialarbeitern bis 2020 steigen. Die Spitzenreiter in der Chemie und Pharmazie dürfen sich dagegen auf 6,50 Euro mehr Stundenlohn freuen.

Der Streik vom Mai war bereits ein Kraftakt – auch psychologisch, denn welche Erzieherin lässt ihre Kinder und deren Eltern schon gern vor der Tür stehen? Aber wie es aussieht, könnten sie schon bald wieder in den Ausstand treten. Grund genug dafür hätten sie.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

dieser Reform sowie deren Erfolge und Probleme“ (Kleve 2015, S. 122) will Kleve nichts sagen. Die Unvermeidbarkeit dieses Prozesses macht für ihn die Frage nach dessen Auswirkungen offenbar obsolet.

Gegenthesen ▲ An den Folgen dieses Transformationsprozesses und einer neoliberalen Umstülpung der Sozialen Arbeit wäre die Sinnhaftigkeit der Ökonomisierung zu prüfen. Kleve möchte diese Prüfung jedoch nicht antreten (Kleve 2015, S. 123). Er fasst wesentliche Kritikpunkte der kritischen Sozialen Arbeit durchaus richtig zusammen, setzt ihnen aber nichts als nur das Dogma der knapp gefüllten Kassen und die Ideologie des aktivierenden Staates entgegen (ebd., S. 122).

▲ Dass damit in unserer Gesellschaft ein humanistisch ausgerichteter sozialer Faktor ausgeschaltet wird, scheint ihn nicht zu beeindrucken, und wird schlicht negiert.

▲ Tatsächlich sind die Auswirkungen der neuen Steuerung und des immer weiter geführten Prozesses der Vermarktlichung im Sozialen wie auch in den Bereichen Gesundheit und Bildung nicht zu übersehen – wenn man denn wirklich bereit ist, hinzuschauen.

▲ Für die Klientel bedeuten die Kürzungen und das neue Menschenbild, dass sie weniger und lediglich oberflächliche Unterstützung bekommt und die Schuld für ihre Problemlagen bei ihr selbst gesehen wird (zum Beispiel *Seithe; Heintz* 2014, S. 127 ff.).

▲ Für die Soziale Arbeit selbst bedeutet dies eine Entwicklung hin zu einer Dienstleistung, die nicht mehr im Interesse der Betroffenen, sondern im Interesse eines wirtschaftlich gesteuerten Staates geleistet wird, dem es vor allem darum geht, möglichst wenig Geld für die Zielgruppe auszugeben (Otto; Ziegler 2012).

▲ Für die Professionellen bedeutet diese Entwicklung eine Entfernung von ihrer eigenen Fachlichkeit und eine zunehmende Arbeitsverdichtung und Prekarisierung ihrer beruflichen Situation (zum Beispiel *Messmer* 2007, *Eichinger* 2009).

5 Behauptung: Die Agenda 2010 verfolgt vor allem ein emanzipatorisches Anliegen |

Die mit der Agenda 2010 eingeschlagene Sozialpolitik, also die Transformation des Sozialstaates in einen aktivierenden Staat, ist nach Kleve ein Weg, die „Selbstverantwortung“ der Bürger und Bürgerinnen wieder herzustellen (Kleve 2015, S. 122). Außerdem geht es laut Kleve darum, auch die Langzeit-

arbeitslosen, die sogenannte Vermittlungshemmnisse aufweisen, fördern zu können, indem man ihnen Zugang zu einem Case-Management-Verfahren verschafft, damit sie wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden können (ebd.).

Gegenthesen ▲ Kleve verliert kein Wort zum Abbau der Rechte und zur Erniedrigung arbeitsloser Menschen im Zusammenhang mit den sogenannten Hartz-IV-Gesetzen (zum Beispiel *Messmer* 2007, *Eichinger* 2009). Die Verpflichtung zur Selbstverantwortung wird außerdem zum Schlüsselindikator einer verschärften Prüfung der Frage, ob zum Beispiel Arbeitslose der öffentlichen Unterstützung tatsächlich würdig sind (Ziegler 2008, S. 167, *Dahme; Wohlfahrt* 2005).

▲ Auch verbrämt Kleve die „Erziehungsziele“ von Hartz IV mit dem Anschein von Menschenfreundlichkeit und Emanzipation (dazu zum Beispiel *Butterwegge* 2015). Die sogenannten aktiven Leistungen (Geldzahlungen) werden vom Verhalten der Betroffenen abhängig gemacht. Zur Durchsetzung des erwünschten Verhaltens wird dabei auch auf disziplinierende und sanktionierende Instrumente zurückgegriffen (Ziegler 2008, S. 167). Der aktivierende Staat verknüpft die Bereitstellung von Rechten und Optionen mit Verpflichtungen und belohnt deren Erfüllung oder bestraft die Missachtung mit negativen Sanktionen (Seithe 2012).

6 Behauptung: Die Kassen sind leer | Kleve stellt fest: Der Staat sieht sich in finanzieller Bedrängnis. Bei den Kommunen sind die Kassen leer. Die Steuereinnahmen sind zu gering und nicht ausweitzbar. Der Staat ist gezwungen, Einsparpotenziale zu finden. Kleve wiederholt diese Dogmen gegenwärtiger Politik und Wirtschaft wie ein Mantra (Kleve 2015, S. 123).

Gegenthesen ▲ Die Steuereinnahmen wären sehr wohl deutlich zu steigern, wenn man große Betriebe nicht wie im bisherigen Maße entlasten und Reiche und Superreiche stärker besteuern würde. Offenbar zählt das Argument der knapp gefüllten Kassen auch gar nicht für alle Bereiche der Gesellschaft. Für Prestigeprojekte, für ständig teurer werdende Baustellen, für Bankenrettungen, für die Waffenproduktion und die Bundeswehr ist das Geld vorhanden und entsprechende Steigerungen scheinen unproblematisch zu sein.

▲ Das Thema der Umverteilung ist in unserer Gesellschaft jedoch ebenso ein Tabu wie die Erwähnung der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich. Wir haben es in unserer Gesellschaft mit einer Verteilung von unten nach oben zu tun und die knapp gefüllten Kassen wie die Schuldenbremse dienen als Vehikel, diesen Prozess immer weiter voranzutreiben. Wer die „knapp gefüllten Kassen“ ins Feld führt wie hier *Kleve*, hält diesen Prozess offenbar für gegeben und vertretbar.

7 Behauptung: Der Wohlfahrtsstaat und die Soziale Arbeit sind zu teuer | Der Kinder- und Jugendhilfe werden ihre hohen Kosten vorgehalten. Auch *Kleve* schließt sich der Meinung an, dass diese Kosten nicht gerechtfertigt werden können und gesenkt werden müssen (*Kleve* 2015, S. 123).

Gegenthesen ▲ Es wird immer wieder vergessen, dass das Verhältnis der Kosten für Soziales zum Bruttosozialprodukt und auch der Anteil am Sozialbudget seit etwa 2005 gleich geblieben sind (*Münder* 2013, S. 4).

▲ Nicht nur der 14. Kinder- und Jugendbericht (*BMFS-FJ* 2013, S. 373) stellt fest, dass die Anzahl gesellschaftlich verursachter Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und Familien angestiegen ist und sich diese Problemlagen verschärft haben. Die herrschende Politik reagiert darauf unangemessen mit Sparabsichten und Kosteneindämmungskonzepten und versucht, die Kinder- und Jugendhilfe generell und ohne Rücksicht auf Verluste, gesellschaftliche Folgen und individuelle Not zurückzuschrauben.

▲ Hinzu kommen außerdem von der Politik ausgelöste Kostensteigerungen. So wurde zum Beispiel durch Einführung des § 8a im SGB VIII (2005) bundesweit eine Sensibilisierung im Bereich des Kinderschutzes erreicht. Damit war auch eine wesentliche Kostensteigerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) verbunden (*Seithe; Heintz* 2014, S. 181).

▲ Nicht zu vergessen sind die sogenannten „Opportunitätskosten“, die dadurch entstehen, dass aus Sparsamkeit falsche Hilfen angeboten werden oder Hilfen zu spät beziehungsweise überhaupt nicht erfolgen. Hierdurch werden Probleme vergrößert und neue, höhere Kosten erzeugt (*Messmer* 2007, *Seithe; Heintz* 2014, S. 189). Diese Kosten wären durch eine verantwortlich ausgeübte Fachlichkeit zu vermeiden.

▲ Die Kosten der Sozialen Arbeit werden von der Politik einfach als „zu hoch“ definiert. An keiner Stelle

wird auch nur der Versuch gemacht, die Kosten in ein Verhältnis zum Nutzen und zum Bedarf zu setzen. Wir haben es mit einer willkürlichen Festschreibung des akzeptierten Ausgabenvolumens zu tun, ohne Bezug zur Realität außer derjenigen, dass man so viel Geld für diese Zielgruppe nicht ausgeben will. Soziales und soziale Unterstützungsangebote versucht man, auf die Menschen selbst und auf die privaten Barmherzigkeits-, Nachbarschafts- und Familienstrukturen abzuwälzen (*Otto; Ziegler* 2012).

▲ Parallel dazu ist es mit der seit 25 Jahren praktizierten Privatisierung und Einführung einer gewinnorientierten Sozialen Arbeit (*Seithe; Heintz* 2014, S. 97 f.), die inhaltlich nicht selten keiner Kontrolle unterliegt und an die die Fallverantwortung innerhalb des Sozialen scheinbar abgegeben wird, sehr einfach möglich geworden, dass öffentliche Gelder verschwendet, veruntreut, verpulvert und kassiert werden.

8 Behauptung: Der Griff des Staates zum Sozialsystem als dem „politisch relevanten“ Einsparpotenzial ist akzeptabel und nicht zu hinterfragen | Dass der Staat durch Krisen und angeblich knappe Mittel gezwungen ist, nach Sparpotenzialen zu suchen, ist für *Kleve* ganz offensichtlich ebenso unhinterfragbar wie die Entscheidung dieses Staates, Sparpotenzial ausgerechnet und vor allem im Sozialbereich zu erkennen. Er schließt sich der Aussage „Der Wohlfahrtsstaat ist zu teuer“ ohne zu zögern an und bezieht sich hierbei auf *Niklas Luhmann* (1988).

Gegenthesen ▲ Wie bereits festgestellt, spielen die knapp gefüllten Kassen in der Wirtschaft, bei der Rettung der Banken, bei der Finanzierung von Prestigeobjekten und der Bundeswehr keine maßgebliche Rolle. Dass dadurch Abhängigkeiten und Bedürfnisse geweckt werden, ist für die Politik offenbar völlig in Ordnung, denn hier will man investieren. Aber im Sozialbereich ist für die herrschende Politik das Einsparen offenbar unhinterfragt akzeptabel. Es handelt sich also um eine gezielte politische Entscheidung.

▲ Das heißt hier, im sozialen Bereich, will die Politik sparen und auf keinen Fall investieren. Hier will sie nur das Notwendigste tun und das auch immer mit dem erklärten Ziel, nur dasjenige zu unternehmen, was in der Folge keine Investitionen nötig macht. Das Soziale, sprich die Menschen dieses Staates, interessieren diesen Staat nicht.

9 Behauptung: Knappe Ressourcen können verhindern, dass sich die Klientel an „Fremdhilfe gewöhnt“ und abhängig wird, statt ihre Selbstständigkeit wiederzuerlangen | Ein Zuviel oder ein Zuwenig an Zeit, Personal und Aufmerksamkeit als Ressourcen der Sozialen Arbeit könne, so *Kleve*, das ethische Ziel der Wiedererlangung der Selbsthilfetätigkeit bei der Klientel unterlaufen (*Kleve* 2015, S. 125 f.); sie würde von „Fremdhilfe“ abhängig. Es bestehe die Gefahr, dass die Selbsthilfepotenziale geschwächt werden und verebben, anstatt sich zu manifestieren und auszuweiten.

Kleve definiert als Ziel von Sozialer Arbeit die „Wiedergewinnung der Autonomie und Mündigkeit der Adressatinnen und Adressaten hinsichtlich ihrer Lebensbelange“ (*Kleve* 2015, S. 125) und das bedeutet für ihn die Unabhängigkeit von professioneller Fremdhilfe. In diesem Kontext favorisiert er die Methoden der Sozialen Arbeit (*ebd.*, S. 126), die besonders sparsam mit den benannten Ressourcen umgehen: die „Sozialraumorientierung“, das Case Management und die lösungsorientierte Beratung. Fachlichkeit zeigt sich für ihn in erster Linie darin, dass es gelingt, Menschen von Fremdhilfe unabhängig zu machen.

Gegenthesen ▲ Die Behauptung, dass Soziale Arbeit die Problemlagen selbst erzeuge, also Bedarfe erst schaffe, ist nicht neu und gehört zu den üblichen Argumenten der bekannten Sozialstaatskritik (zum Beispiel *Galuske* 2002, S. 193 ff.).

▲ Eine Aufgabenbeschreibung oder eine Definition der Zielsetzung, die mit der Unterstützung von Menschen in Notlagen zu tun hat oder sich an den Interessen und Bedürfnissen von Menschen und an der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und Entwicklung ausrichtet wird nicht in Erwägung gezogen. Was *Kleve* mit dem obersten ethischen Ziel aller Sozialarbeit meint, die „Wiedergewinnung der Autonomie und Mündigkeit der Adressatinnen und Adressaten hinsichtlich ihrer Lebensbelange“ (*Kleve* 2015, S. 125), bekommt in der isolierten Art, wie er diese darstellt, eine nicht zu übersehende Ähnlichkeit zum Ziel des SGB II, der „Employability“.

▲ Tatsächlich ist dieses Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe – allerdings nicht in dem begrenzten Sinne von Employability oder dem, was *Kleve* darunter versteht – ein wichtiges und traditionelles Ziel der Sozialen Arbeit. Aber das logisch vorgelagerte und damit vorrangige Ziel ist es, die Menschen dabei zu unterstüt-

zen, trotz Benachteiligungen, Schädigungen, mangelnden Ressourcen etc., die individuell oder sehr oft auch gesellschaftlich bedingt sind, Schwierigkeiten bei ihrer Lebensbewältigung zu überwinden und ein auch materiell menschenwürdiges Leben zu führen.

▲ Das Bemühen, Menschen so zu stärken, dass sie dabei möglichst viel eigene Kraft und Kompetenzen entwickeln, um ihr Leben und diese Zielperspektive ohne Hilfe zu erreichen und zum Beispiel auch das entsprechende Selbstbewusstsein entwickeln, das sie brauchen, um für ihre Rechte einzustehen, ist ein wichtiges, aber letztlich abgeleitetes Ziel. Es darf nicht als Argument missbraucht werden, um professionelle Hilfe zu verweigern oder zu vermeiden.

▲ Wenn man das Ziel der Selbstständigkeit und Selbstverantwortung als wichtigstes Ziel, ja als einziges Ziel Sozialer Arbeit annimmt, aber die zentrale Hilfeoperspektive einfach weglässt, gerät dieses Ziel zu einer zynischen Vernachlässigung menschlicher Interessen und Bedarfe.

10 Behauptung: Der Umgang mit knappen Ressourcen verhindert, dass sich die Soziale Arbeit am öffentlichen Reichtum bedient und damit ihre Aufgabe verrät | Jede zeitliche Aus-

dehnung einer Hilfe schaffe ökonomische Anreize und sichere die finanzielle Basis der freien Träger (*Kleve* 2015, S. 126). Dadurch, dass im Rahmen einer Finanzierung, die sich an der geleisteten Zeit orientiere, die Träger geradezu dazu aufgefordert würden, alle zeitlichen Ressourcen auszuweiten und aufzublasen, entstünden vermeidbare Kosten. Die heutige Finanzierung, so *Kleve*, lässt die Ausweitung der Hilfen attraktiv erscheinen und nicht „die erfolgreiche Beendigung der Hilfe als Folge der Aktivierung der lebensweltlich-privaten Selbsthilfe“ (*ebd.*). Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, obwohl professionell zu Verselbstständigung ihrer Klientel (Hilfe zur Selbsthilfe) verpflichtet, neigen nach *Kleve* jedoch dazu, einem konkreten Fall zu viel Aufmerksamkeit zu widmen, so dass „immer neue Hilfebedürftigkeiten aufscheinen“ (*ebd.*, S. 125). Die Regulation von Knappheit (Sozialmanagement) führe deshalb zur „Vertiefung, Ausweitung und Stärkung der sozialarbeiterischen Fachlichkeit“ (*ebd.*).

Gegenthesen ▲ Solche, im Rahmen einer fachlichen Sozialen Arbeit kontrainduzierten Prozesse finden tatsächlich statt. Es wird jedoch meistens, wie auch hier von *Kleve*, übersehen, dass das neoliberale

wirtschaftliche und politische System die Akteure zu einem Verhalten zwingt, das solche Prozesse fördert. Die Träger müssen beim gegenwärtigen Finanzierungssystem dafür sorgen, am Markt zu überleben. Das veranlasst sie dazu, Geld zu kassieren, wo immer es geht. Des Weiteren werden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die wissen, dass sie nach Beendigung eines Falls weniger oder überhaupt kein Geld mehr bekommen, weil sie auf Honorarbasis arbeiten oder ihr Vertrag eine entsprechend prekäre Struktur hat, zwangsläufig dazu angestiftet, Fälle in die Länge zu ziehen.

▲ Diese Abhängigkeiten sind also hausgemacht und direkte Folge der neoliberalen Finanzierungsformen. Man fragt sich bei *Kleves* Ausführungen zur Sozialen Arbeit, worin denn nun eigentlich die Hilfe, die bei ihm ja vor allem beendet werden soll, überhaupt besteht. Offenbar kann es nach *Kleve* in der Hilfe ausschließlich nur um den Prozess der Weckung und Stärkung der Selbsthilfekräfte gehen: Die beste Hilfe sei es, keine Hilfe zu leisten.

11 Behauptung: Geringe Ressourcen und die Verminderung der Ressourcen fördern die Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit | Der Vorrang der wirtschaftlichen Funktion ist laut *Kleve* speziell auch für die Soziale Arbeit und insbesondere für ihren fachlichen Erfolg ein maßgeblicher Unterstützungsfaktor. Diese Aussage bezieht *Kleve* in seinem Text direkt auf den Vorteil, den es habe, wenn durch Sozialmanagement die bestehenden knappen Ressourcen in der Sozialen Arbeit (Geld, Zeit und persönliche Aufmerksamkeit) geregelt und in ihren Grenzen gehalten werden können und das Sozialmanagement damit einer „Vertiefung, Ausweitung und Stärkung sozialarbeiterischer Fachlichkeit dienlich sein kann“ (*Kleve* 2015, S. 125).

Gegenthesen ▲ Tatsächlich haben gerade die Forcierung und Verherrlichung der Knappheit der Ressourcen in der Praxis der Sozialen Arbeit fachliche Verwüstungen angerichtet.

▲ Im Kontext der Arbeit mit Menschen und menschlichen Problemlagen ist Knappheit von Ressourcen kein grundsätzlich positiver Wert. Probleme lassen sich nicht künstlich verkürzen, verkleinern, zerstücken, verharmlosen oder verniedlichen. Man kann auch nicht einfach „schneller beraten“. Man kann ein kompliziertes Problem nicht durch oberflächliche und kurzatmige Schritte schnell „lösen“. Man kann

menschliche Not nicht dadurch lindern, dass man ihr möglichst wenig Aufmerksamkeit schenkt. Man kann sie aber ignorieren oder auf die Menschen selbst zurückwerfen (*Seithe* 2012, *Seithe*; *Heintz* 2014).

▲ Es mangelt immer häufiger an der Ressource Zeit und damit der Chance für hinreichende Aufmerksamkeit, für Beziehungsarbeit und Kommunikation. Die verknappten Ressourcen führen zu einer „Hilfe“, die nicht länger Lern- und Verständigungsprozesse anstoßen kann. Hilfen, die an den Bedürfnissen und Interessen der Betroffenen ansetzen, können nicht mehr gewährt werden.

▲ Die Reduktion professioneller Fachlichkeit auf den einen Punkt der Verselbstständigung und Eigenverantwortung ist zudem ein fachlicher Offenbarungseid. Worum geht es denn überhaupt noch in einer Sozialen Arbeit, die angeblich nur besser werden kann, wenn sie noch knappere Ressourcen hat?

12 Behauptung: „Der Kapitalismus ist nicht das Problem für die Soziale Arbeit, sondern eine mögliche Lösung hinsichtlich spezieller Funktionsprobleme professioneller Hilfe“ | So kommt *Kleve* (2015, S. 125) auf seine Anfangsaussagen zum neoliberalen Wirtschaftssystem zurück. Ein besonderes Anliegen scheint ihm der Beweis zu sein, dass die marktorientierte und sparsame Soziale Arbeit fachlich nicht schlechter, sondern besser ist und wird.

Gegenthesen ▲ Zunächst muss festgehalten werden, dass gerade der Kapitalismus mit seinen Kollateralschäden und Verwerfungen das Problem vieler Menschen in unserer Gesellschaft ist – ganz besonders derjenigen, die vom aktivierenden Staat als überflüssig eingestuft werden.

▲ Des Weiteren wären viele sozialarbeiterische Interventionen gar nicht erforderlich, wenn Menschen mit ihren Interessen und ihrer Persönlichkeit nicht den verschärften und oft menschenverachtenden neoliberalen Umgangsweisen ausgesetzt wären (*Seithe*; *Wiesner-Rau* 2013, *Klunt* 2015).

▲ Durch den Versuch, die Kosten zur Linderung der Kollateralschäden des Kapitalismus so gering wie möglich zu halten und den Betroffenen die Schuld für ihre Problemlagen in die Schuhe zu schieben, wird die Soziale Arbeit als humanistische soziale Institution ad absurdum geführt. Sie hilft nicht mehr Menschen, sondern einer Wirtschaft und einer Politik, die ausschließlich am Nutzwert von Menschen interessiert sind und daran, dass nichts mehr für deren Lebens-

bewältigung investiert werden muss.

▲ Man gewinnt insgesamt den Eindruck, dass einem von *Kleve* hier nicht nur das Rezept zum Sparen bei den Einzelfallhilfen untergejubelt werden soll, sondern auch gleich die Ideologie eines neoliberalen Sozialverständnisses und Menschenbildes. Und in diesem Sinne sind auch die Finanzierungsvorschläge von *Kleve* zu sehen.

13 Heiko Kleves Vorschläge für eine konsequent ökonomisierte Finanzierung der sozialarbeiterischen Hilfen | Die drei Finanzierungsmodelle (*Kleve* 2015, S. 126 f.) für die Einzelfallarbeit richten sich gegen die Fachleistungsstunde und die Tagessätze. Beides sind erste Finanzierungsmodelle der sogenannten Neuen Steuerung.

Budget | Das Lob des Budgets (*Kleve* 2015, S. 126 f.) übersieht, dass hier festgelegte und nicht ausbaufähige Begrenzungen der Ausgaben gemeint sind und dass Budgets die Eigenschaft zu haben scheinen, von Jahr zu Jahr zu schrumpfen. Als genial wird angesehen, dass Träger, wenn sie selbst das Geld verwalten, dazu motiviert werden, Fälle schneller oder gar nicht als Einzelhilfen zu bearbeiten. Ob dies erforderlich ist oder nicht, scheint hier keine Rolle zu spielen.

Persönliches Budget | Hier wird der Klient schließlich doch zum Kunden (*Kleve* 2015, S. 127). Vorher hatte *Kleve* noch behauptet, dass die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit nicht den Charakter einer Kundschaft haben, jetzt hält er dies für möglich. Man geht beim persönlichen Budget nun doch von der Notwendigkeit des souveränen Kunden aus, scheint sich aber darüber im Klaren zu sein, dass diese Voraussetzungen nicht immer vorliegen werden. Damit sie sich im Dschungel der Marktmöglichkeiten zurechtfinden, möchte man diesen Kunden und Kundinnen sozialer Leistungen gern Unterstützung für ihre Kaufentscheidungen ange-deihen lassen. Schließlich wird den Klientinnen und Klienten sogar die Verantwortung für den eingekauften Lösungsweg zugeschoben.

Erfolgsorientierte Fallfinanzierung | Hier soll nun konsequent nach „Outcome“ bezahlt werden (*Kleve* 2015, S. 127). Die Erreichung der jeweiligen Hilfeziele (Hauptziel: Wiederbelebung der lebensweltlich-privaten Selbsthilfefähigkeiten) löst die Finanzie-

rung aus. Klienten und Klientinnen müssen sich mit und trotz ihrer Problemlagen und Defizite bereitfinden, am Prozess des Kontraktmanagements teilzunehmen, sie müssen ein permanentes Monitoring über sich ergehen lassen. Es besteht sogar die Vorstellung, man könne die Hilfsmaßnahme stückweise, jeweils nach der Erreichung kleinschrittiger Zwischenziele, finanzieren.

Pädagogisch und psychologisch ist ein solches Vorgehen vollkommen widersinnig. Das hat mit einem Unterstützungsprozess von Menschen nichts mehr zu tun. All das klingt außerdem eher nach totaler Überwachung, aber nicht nach Hilfe. Die Hilfe würde für die Klientinnen und Klienten zur Bringschuld und zum Alptraum werden, den sie noch mehr vermeiden würden als heute den Gang zum Jugendamt und anderen Stellen. Solche Praktiken konterkarieren die Illusion einer Eigenständigkeit der Klientinnen und Klienten.

Was macht eigentlich ein Sozialarbeiter, eine Sozialarbeiterin so? Diese Frage war schon immer schwierig zu beantworten und brachte viele junge, aber auch erfahrene Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in große Verlegenheit. Jetzt, nach der Lektüre des Artikels von *Kleve*, scheinen sie endlich eine klare Antwort zu bekommen: Sie haben vor allem die Aufgabe, im Interesse eines neoliberalen Staates zu sparen und mit möglichst immer knapperen Ressourcen zurechtzukommen, das heißt Bedürftige nur im Schnellverfahren „durchzuziehen“, sie möglichst abzuwimmeln, sie zu vertrösten, im Zweifel zu beschuldigen und zu sanktionieren.

Professor Dr. Mechthild Seithe, Dipl.-Sozialarbeiterin und Dipl.-Psychologin, lehrte von 1993 bis 2011 Sozialpädagogik an der Ernst-Abbe-Fachhochschule in Jena. E-Mail: mech.seithe@gmx.de

Literatur

- Bolz**, N.: Das konsumistische Manifest. München 2002
BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 14. Kinder- und Jugendbericht. Berlin 2013 (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/14-Kinder-und-Jugendbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, abgerufen am 22.4.2015)
Butterwegge, M.: Sozialstaatsentwicklung, Armut und Soziale Arbeit. In: Sozial Extra 2/2015, S. 38-41
Dahme, H.-J.; Wohlfahrt, N.: Sozialinvestitionen. Zur Selektion

SOZIALARBEIT AN GRUNDSCHULEN | Einblicke in ihre Spannungsfelder

Birgit Behrens

Zusammenfassung | Der Aufsatz basiert auf einer Evaluation des Etablierungsprozesses von Sozialarbeitsstellen an fünf Grundschulen, die über Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) finanziert wurden. Durch die Möglichkeit dieser Finanzierung rückt die Orientierung an den eigenständigen Bedürfnissen von Kindern stärker als bisher in den Fokus. Gleichzeitig aber treten institutionelle Spannungsfelder deutlicher hervor. Erkennbar wird ein Wechselspiel von Chancen einer stärkeren Orientierung an den Bildungsbedürfnissen der Kinder und von Gefahren eines Ausbaus von Hierarchien.

Abstract | The article is based on an evaluation of the process of establishing job positions for social work in five primary schools, which were funded by the Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). The possibility of this financing moves the focus of social work in schools towards the independent needs of children. At the same time institutional tensions rise. In conclusion, the BuT-financing reveals an interplay between the new chances of focusing on the children's educational needs and on risks of new hierarchies.

Schlüsselwörter

► Schulsozialarbeit ► Grundschule ► Bildung
► Teilhabe ► Evaluation

Einleitung | Ausgangspunkt dieses Aufsatzes ist eine Evaluation der Einrichtung von Sozialarbeitsstellen an fünf ausgewählten Grundschulen einer niedersächsischen Kommune, die über Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) finanziert wurden (§§ 28 SGB II, 34 SGB XII, 6 B BKGG). Mit der Evaluation wurde die Forschungsstelle Begabungsförderung des niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) beauftragt. Gemeinsam mit meiner Kollegin *Meike Sauerhering* führte ich unter der Leitung von *Professor Dr. Claudia Solzbacher* die Evaluation durch. Das Material des hier vorgelegten Aufsatzes entstammt einer Gruppendiskussion mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aus den beteiligten Grundschulen sowie mehreren leitfaden-

tivität der neuen Sozialpolitik und den Folgen für die Soziale Arbeit. In: dies. (Hrsg.): *Aktivierende Sozialarbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis*. Hohengehren 2005, S. 6 ff.

Eichinger, U.: Zwischen Anpassung und Ausstieg. Perspektiven von Beschäftigten im Kontext der Neuorientierung Sozialer Arbeit. Wiesbaden 2009

Galuske, M.: Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft. Weinheim 2002

Kleve, Heiko: Die Wirtschaft der Sozialen Arbeit. In: *Soziale Arbeit* 4/2015

Klunndt, M.: Strukturelle Kindeswohlgefährdung. In: *Sozial Extra* 2/15, S. 45-48

Luhmann, N.: Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1988

Messmer, H.: Jugendhilfe zwischen Qualität und Kosteneffizienz. Wiesbaden 2007

Münder, J.: Infrastruktur, Gewährleistung, Bedarfsdeckung in der Kinder- und Jugendhilfe ohne Rechtsanspruch? In: *RdJB (Recht der Jugend und des Bildungswesens)* 1/2013, S. 3-8

Otto, H.-U.; Ziegler, H.: Impulse in eine falsche Richtung – Ein Essay zur neuen „Neuen Steuerung“ der Kinder- und Jugendhilfe. In: *Forum Jugendhilfe* 1/2012, S. 15-25

Peters, F.: Markt und Wettbewerb. In: Düring, D. u.a. (Hrsg.): *Kritisches Glossar Hilfen zur Erziehung*. Frankfurt am Main 2014

Schippmann, W.: Privatwirtschaftliche Leistungsanbieter als Wegbereiter von sozialer Marktentwicklung in der Jugendhilfe. Zur Notwendigkeit einer Neustrukturierung. In: Hensen, G. (Hrsg.): *Markt und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Ökonomisierung im Kontext von Zukunftsorientierung und fachlicher Notwendigkeit*. Weinheim 2006, S. 89 ff.

Seithe, M.: *Schwarzbuch Soziale Arbeit*. Wiesbaden 2012

Seithe, M.; Heintz, M.: Ambulante Hilfe zur Erziehung und Sozialraumorientierung. Plädoyer für ein umstrittenes Konzept der Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Nützlichkeitsideologie. Leverkusen 2014

Seithe, M.; Wiesner-Rau, C.: „Das kann ich nicht mehr verantworten“. Neumünster 2013

Ziegler, H.: Sozialpädagogik nach dem Neoliberalismus: Skizzen einer post-sozialstaatlichen Formierung Sozialer Arbeit. In: Bütow, B.; Chassé, K.-A.; Hirt, R. (Hrsg.): *Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat*. Opladen 2008, S. 159 ff.